

## Der neugewählte Betriebsrat – gemeinsamer Beginn oder Bruchlandung?

Mehr als zwanzig Jahre haben verschiedene Gruppierungen im Wuppertaler Betriebsrat zusammen, aber auch oft gegeneinander gearbeitet. Es ging um unterschiedliche Einschätzungen und Positionen, was gut für die Belegschaft oder auch den Standort war, manchmal auch nur um Machterhalt. In der Belegschaft wurden diese internen aber auch häufig öffentlich ausgetragenen Auseinandersetzungen oft als pure Streitereien empfunden und vielfach abgelehnt. Zusammenarbeit und eine konsequente Interessensvertretung waren die häufigsten Wünsche.

### Wahl 2010

Nach der Bekanntgabe des Wahlergeb-

Wahljahr	IGBCE	Unabhängige Arbeitnehmer	Belegschaftsliste	Offene Liste	BASO
1990	48,5%	18,5%	33,0%	-	-
1994	41,9%	16,8%	41,3%	-	-
1998	42,4%	12,5%	45,1%	-	-
2002	48,2%	5,8%	35,4%	10,4%	-
2006	50,1%	Mit bei IGBCE	49,8%	Mit bei IGBCE	-
2010	45,0%	-	39,0%	Mit bei IGBCE	15,0%

nisses am 11.03.2010 war irgendwann allen Beteiligten klar, dass es nach dem alten Muster – Sieger und Besiegte – nicht mehr weitergeht. In den folgenden Tagen und Wochen wurden viele Gespräche geführt, wurde ausgelotet, wie welche Mehrheiten zustande kommen könnten.

### Zusammenarbeit – ein schwieriger Weg

Wir von BASO hatten uns entschieden, eine öffentliche Umfrage zu starten und den Beschäftigten die Möglichkeit zu geben, einen eventuellen Neustart mit zu gestalten.

**Viele Kolleginnen und Kollegen haben die Möglichkeit genutzt, ihre Meinung zur Zusammenarbeit, was geht und was nicht, wie die BR-Arbeit in Zukunft gestaltet werden könnte, usw. einzubringen. Dafür noch einmal an Alle, die**

**eine Rückmeldung gegeben haben, ein herzliches DANKE!**

### Kein Zünglein an der Waage

Ein Ergebnis zur Konstituierung aus der Umfrage war, dass es keine eindeutige Lagerentscheidung gibt. So haben wir folgende Position bezogen: BASO wird nicht als Mehrheitsbeschaffer für eine andere Liste zur Verfügung stehen. Wir erwarteten, dass eine gemeinsame Diskussion und Entscheidung über die Arbeit, unser gemeinsames Vorgehen und die Ämterverteilung stattfinden sollte. Eine so gefundene Entscheidung würde, wenn sie nachvollziehbar und sinnvoll erscheint, von uns als BASO - Gruppe mitgetragen.

Weitere Ergebnisse unserer Umfrage in Stichworten:

- Betriebsversammlungen nicht nur in der Sporthalle
- Die Betriebsversammlung interessanter und informativer gestalten
- Leiharbeit zugunsten eigener Beschäftigung zurückfahren
- Kein Vorsitzendenwechsel nach 2 Jahren
- Einbeziehung von Beschäftigten bei Entscheidungen und Mitarbeit gewünscht

Es sind auch konkrete Meinungsäußerungen zu einzelnen Betriebsräten in den Antworten zu finden; die meisten teilen wir, möchten hier aber nicht drauf eingehen. Natürlich müssen Probleme mit einzelnen Betriebsräten, auch aus der Vergangenheit thematisiert werden kön-

### Inhalt:

- Seite 1: Betriebsratsarbeit
- Seite 2: Krise, Tarifrunde
- Seite 3: Betriebliches
- Seite 4: Emmely, Termine

ViSdP: Ulrich Franz, Freystr.47, Wuppertal

nen. Wir meinen bei aller (berechtigten) Kritik an einzelnen Betriebsräten können wir nicht als kleinste Fraktion hergehen und den beiden anderen Fraktionen vorschreiben, wer von deren Listen für bestimmte Funktionen kandidieren darf und wer nicht.

### Neue Umgangsformen

Überhaupt miteinander reden, diskutieren und arbeiten war in der Vergangenheit keine Selbstverständlichkeit. Vorwürfe von zu großer Arbeitgebennähe oder Fundamentalopposition bis hin zu persönlichen Angriffen hinderte doch zu oft bei vernünftigem, sinnvollem Miteinander.

Durch die veränderten Mehrheiten sind jetzt Spielräume entstanden, die eine bessere Zusammenarbeit möglich machen bzw. erzwingen.

Zwei Tagesveranstaltungen im großen Kreis mit externem Moderator, wo von Befindlichkeiten der Einzelnen und dem Umgang miteinander bis hin zu Sachthemen und Funktionen alles in Ruhe diskutiert werden konnte, war dann auch Neuland für den Betriebsrat.

weiter S. 2



### Betriebsversammlungen

Der neue Betriebsrat und seine Ausschüsse möchten sich und ihre Ziele und Vorstellungen zur zukünftigen Arbeit vorstellen. Kommen Sie zu den Teilversammlungen:

**Am Montag, den 05.07.2010 um 8.30 Uhr in der Kantine, Geb. 464**  
oder  
**Am Donnerstag, den 08.07.2010 um 8.30 Uhr in Geb. 308**

# Wer soll für die Krise zahlen?

Diese Frage stellen sich zurzeit Viele. Sie wird auf G8 und G20-Treffen von den Mächtigen debattiert und auf den Straßen von Athen, Berlin, Madrid, Rom und Paris von Teilen der Bevölkerung mit „Die Reichen sollen die Krise zahlen“ beantwortet.

Die derzeitige Krise ist ein komplexes Geschehen und kann natürlich nicht auf einer Seite tief schürfend behandelt werden. Dennoch wollen wir ein paar Gedanken zur Diskussion beisteuern. Die Krise ist deswegen so tief und bedrohlich, weil sie ein Konglomerat aus verschiedenen Krisen ist, ans Eingemachte geht und uns weltweit trifft.

## Die sieben Plagen

Da haben wir die **Überproduktionskrise**. Durch die steigende Produktivität werden von immer weniger Arbeitenden immer mehr Waren produziert. Die meisten Menschen können sich aber nicht immer mehr kaufen, auch deshalb, weil ihre Löhne stagnieren oder sogar sinken.



Im Wettrennen der Konkurrenz versucht z.B. jede Autofirma einen größeren Marktanteil für ihre Produkte zu erzielen und produziert im Überschuss. Das führt zur Überproduktion.

## Finanz- und Immobilienkrise

Während die Löhne für die Beschäftigten und die Steuern für die Reichen sinken, wuchsen auf der anderen Seite folgerichtig die Kapitalerträge ins Unermessliche. Das führte dazu, dass unglaubliche Geldmengen auf der Suche nach attraktiven Anlagen über den Globus verschoben wurden. Die Gesetze, die die Finanzströme kontrolliert hatten, waren im Rahmen der Globalisierung abgeschafft worden. Die Politiker vertrauten auf die Märkte und die Eigenverantwortung der Banker.

Aber Geld kann man nicht klonen. So wurden undurchsichtige Finanzprodukte geschaffen, deren Renditeerwartungen auf Spekulation basierten. Diese Blase musste irgendwann platzen. Banken und Pensionskassen, u.a. auch mit den Einlagen von

[weiter auf Seite 3](#)

## Tarifrunde 2010 - im Überblick



**Chemische Industrie:** Unter dem Titel „Brückenschlag 2010 – von der Krise in den Aufschwung“ präsentierte die IG BCE am 21.04.2010 ihr Ergebnis der Tarifrunde: Die Beschäftigten erhalten für die nächsten 11 Monate keine Entgelterhöhung sondern lediglich eine Einmalzahlung. Sie beträgt für

- Arbeitnehmer in vollkontinuierlicher Schichtarbeit 715 Euro
- Arbeitnehmer in teilkontinuierlicher Schichtarbeit 611 Euro
- Arbeitnehmer in Normalschicht 550 Euro
- Auszubildende generell 150 Euro



Zusätzlich zur Einmalzahlung erhalten die Beschäftigten einen Konjunkturbonus von bis zu 260 Euro. Diese Regelung gilt für Betriebe, die nicht wesentlich von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen waren oder sind.

IG-BCE-Chef Michael Vassiliadis sprach nach den zweitägigen Verhandlungen von einem guten Abschluss, der den unterschiedlichen Bedingungen in der Branche gerecht werde. Arbeitgeberpräsident Eggert Voscherau sagte, durch das Krisenbündnis sei die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe gestärkt worden.

Wir meinen, dass die Erwartungen der meisten Beschäftigten mit diesem Abschluss nicht erfüllt wurden. Auch ist nicht erkennbar, aus welcher Krise in der Chemie dieses Wohlverhalten helfen soll. Und das ein Zerfleddern des Flächentarifes mit diesem Abschluss fortgesetzt wird, ist ebenfalls kritisch anzumerken. Dem alleine schon innerhalb des (ehemaligen) Bayer – Verbundes gibt es mittlerweile zu viele unterschiedliche und schlechte Vergütungsstrukturen.

**Öffentlicher Dienst:** 1,2 Prozent in 2010, 0,6 Prozent ab 1.1.2011 und weitere 0,5 Prozent ab 1.08.2011; Einmalzahlung von 240 Euro im Januar 2011, Azubis bekommen Prozente und einmal 50 Euro.

**Metall und Elektro:** Die Beschäftigten in der niedersächsischen Metall- und Elektrobranche erhalten für die Monate Mai 2010 bis März 2011 einen Einmalbetrag von 320 Euro. Danach steigen ab April 2011 die Entgelte um 2,7 Prozent. Der Entgelttarifvertrag endet am 31. März 2012. Auszubildende erhalten insgesamt 120 Euro.

**Polizei:** 1,2 Prozent ab 1.1.2010; 0,6 Prozent linear ab 1.1.2011 sowie 240 € Einmalzahlung; 0,5 Prozent 1.8.2011

**KFZ Handwerk:** ab 1. Juni 2010 um 0,6 Prozent, ab 1. Dezember 2010 um ein Prozent, zum 1. Juli 2011 um weitere 1,9 Prozent und zum 1. Januar 2012 noch mal um 0,6 Prozent. Der Entgelt-Tarifvertrag ist gültig bis zum 30. April 2012

Fortsetzung von Seite 1

## Der neugewählte Betriebsrat

## Ergebnisse der Veranstaltung

Es wurde vereinbart, dass bei aller Unterschiedlichkeit von inhaltlichen Positionen, die ganz sicher weiter bestehen und auch dargestellt werden sollen, ein größeres und besseres Miteinander von jedem Einzelnen versucht wird. Bei allen inhaltlichen Auseinandersetzungen soll aber gegenüber dem Arbeitgeber und auch sonst in der Öffentlichkeit eine möglichst gemeinsame arbeitnehmerorientierte Position und ein Erscheinungsbild gefunden werden.

Aufgrund der Neuaufstellung des Betriebsrates, es wurden neue Ausschüsse gebildet, andere geteilt oder neu zugeordnet und der bisher formulierten Ziele des Betriebsrates und seiner Ausschüsse muss von einer Neuausrichtung der Betriebsratsarbeit gesprochen werden. Auch die Öffentlichkeitsarbeit sowie Betriebs- und Teilversammlungen wurden intensiv diskutiert. Ob die Ideen immer und überall sinnvoll und richtig sind und ob diese Maßnahmen auf Akzeptanz bei den Beschäftigten treffen, soll regelmäßig überprüft und diskutiert werden. Die Einbindung von Beschäftigten bei wichtigen Entscheidungen und in die konkrete Arbeit wird eins unserer zukünftigen Ziele sein.

Die konkreten Aufgaben und Ziele des Betriebsrates und seiner Ausschüsse werden in den nächsten Wochen erarbeitet. Die Beschäftigten haben dann die Möglichkeit, den neuen Betriebsrat an diesen Zielen zu messen.



weitere Infos im Internet unter [www.baso.info](http://www.baso.info)

## Betriebliches...Betrüblisches...Vergnügliches...Betriebliches...Betrüblisches...Vergnügliches...Betriebliches.

### BBS wird rasiert

Die IT – Betreuung soll in der Bayer – Landschaft weiter verbilligt werden, von 20 Mio. Euro Einsparungen wird ausgegangen. Betroffen werden rund 700 Beschäftigte, davon 11 in Wuppertal sein. Überlegungen sind im Moment, jeweils einen Teil der Arbeitsplätze zu streichen, fremd zu vergeben oder nach Indien zu verlagern. Kontroverse Diskussionen gibt es hier um die Fortführung des (preisgünstigeren) Firmentarifvertrags. In dem Zusammenhang ist es unverständlich, das regelmäßig EDV-Systeme vom Gesamtbetriebsrat quasi durchgewunken werden, die einer solchen Rationalisierung auch noch die Grundlage bieten.

### Bayer gründet Branded Generics

Als Auswirkung der GD2015-Untersuchungen wurde beschlossen, unter dem Dach von BHC einen neuen Bereich, Branded Generics aufzubauen. Diese Einheit hat zum Ziel, auf den Emerging Markets, z.B. die Regionen Südamerika und Südost-Asien, Generika anderer Firmen aufzukaufen, mit dem Bayer Kreuz (Brand) zu versehen und mit einem höheren Preis zu verkaufen. Auch die Studien werden extern gemacht werden. Es war diskutiert worden, dafür eine eigen-

ständige Firma zu gründen. Dies wurde aber (erstmal?) verworfen. Der Bereich soll mit 20 Personen, die gerade gesucht werden, mehr als 1 Mrd. Umsatz machen. Es werden im kleineren Rahmen Versetzungen nach São Paulo und Peking stattfinden.

### Die nächste Untersuchung zur Standort Infrastruktur

In den nächsten Wochen und Monaten rauscht eine weitere Rationalisierungsuntersuchung durch den Standort. Ziel ist die Infrastruktur. Hier werden Berlin, Bergkamen und Wuppertal miteinander verglichen und da, wo es „besser und billiger“ geht, an einander angeglichen. Erste konkrete Vorschläge werden Anfang September erwartet.

### Demografie

In der Bayer AG ist eine Diskussion über die Verwendung der Gelder von etwas weniger als 5 Millionen Euro aus dem Tarifvertrag Demografie entbrannt. Der Arbeitgeber würde wohl gerne Maßnahmen, die ohnehin geplant oder durchgeführt werden wie ärztliche Vorsorgeuntersuchungen aus diesem Topf finanzieren. Der Elberfelder Betriebsrat hat als Schwerpunkt die Ziel-

gruppe ältere Schichtmitarbeiter empfohlen. In dieser besonders belasteten Mitarbeitergruppe müssten vordringlich Möglichkeiten geschaffen werden, unter akzeptablen Bedingungen aus der Schicht raus zukommen. Die Förderung aus dem Tariffonds von Gesundheitsmaßnahmen konnte sich der Betriebsrat allerdings auch vorstellen.

### Arzneimittelsicherheit müsste dringend personell verstärkt werden.

Einen Berg von mehreren zehntausend unbearbeiteter Fälle schiebt die Arzneimittelsicherheit vor sich her, und er wächst weiter. Die Hoffnung, das mit dem Aufbau einer entsprechenden Abteilung in Brasilien, hier arbeiten mittlerweile 76 Beschäftigte und ein neues EDV-System der Berg verkleinert wird, hat sich als trügerisch erwiesen. Von den rund 60 Beschäftigten in Wuppertal sind gut 20% befristet, weitere 20 Arbeitsplätze sind outgesourct. Der Betriebsrat setzt sich für zusätzliche unbefristete Mitarbeiter für die Arzneimittelsicherheit ein. Da sind Drohungen aus der Personalleitung, man gehe nach China, wenn in Wuppertal die Befristungen nicht verlängert würden, eher unverschämte.

Fortsetzung von Seite 2

## Krise: Wer soll sie bezahlen?



Arbeitnehmern, die für ihre Rente sparten, gingen baden. Familien, die mit weniger Lohn und Rücklagen ihre Häuser nicht mehr abbezahlen konnten, brachten die Immobilienblase zum Platzen.

### Stichwort Deregulierung

Nun riefen aber die gleichen Banken und Unternehmen, die sich zuvor vehement gegen staatliche Regulierung gewehrt haben, da ja nur sie selbst und die Märkte alles im Griff hätten, nach staatlicher Unterstützung. D.h. das Recht, Gewinne zu machen, soll uneingeschränkt bleiben, während das Risiko, dabei Baden zu gehen, auf Alle verteilt wird.

Die Regierungen, die durch die Steuerentlastungen für die Unternehmen und Reichen, und die Deregulierung des Arbeitsmarktes mit weniger Einkommen und damit weniger Abgaben, den Staat selbst verarmt hatten, beschlossen dennoch ihr schmaleres Portemonnaie für die Banken und Unternehmen zu öffnen. Die Beglückten kamen wieder auf die Beine, der Staat blieb auf einem zunehmenden Defizit sitzen. Das fehlende Geld soll nun bei der breiten Bevölkerung eingetrieben werden. Die Liste der Maßnahmen ist lang und wird noch länger werden. Und die staatlichen Defizite sind zu einer Bedrohung für den Euro und, durch die ungehemmte Spekulation für ganze Volkswirtschaften geworden.

Kanzlerin Merkel verfolgt die Politik, entsprechend der EU-Kriterien der Senkung des Defizits Vorrang zu geben, was hier und heute die Senkung des Sozialhaushalts bedeutet. Das wird dazu führen, dass die weiter verarmenden Schichten, noch weniger kaufen, und somit nicht für einen Aufschwung sorgen können. Die Knebelung der Staaten mit noch höherem Defizit wie Griechenland, Spanien, Italien und Portugal bedeutet, dass diese weniger beim Exportweltmeister Deutschland einkaufen und hier weniger für den Aufschwung sorgen können. Lässt man das Defizit wachsen, verschuldet sich der Staat weiter bei den Banken, die wie eine Made im Speck mit wenig Risiko gute Zinsen kassieren.



### Es gibt also keinen leichten Ausweg aus der Krise

Repariert man an der einen Seite, reißt man auf der anderen Seite etwas ein. Diese Art zu Wirtschaften enthält ein bedrohliches selbst zerstörerisches Potential. Dies hat auch zur **politischen Krise** geführt. Die Politiker erscheinen als ratloser Hühnerhaufen.

Es geht also nicht nur darum, die Reichen an den Kosten für die Krise zu beteiligen. Das versteht sich eigentlich von selbst. Wir glauben, es geht um mehr. Wollen wir uns weiter vom Zwang zu immer höheren Profiten in einem weltweiten Konkurrenzkrieg und der Illusion von ewigem Wachstum auf Dauer erpressen lassen? Oder ist vielleicht die Zeit gekommen, die Spielregeln zu ändern? Bis dahin gilt es vor allem, unsere Interessen zu wahren.

An dieser Stelle müssten auch die **Rohstoff-** und **Umweltkrise** als weitere Faktoren betrachtet werden. Aber dafür ist kein Platz mehr und deshalb ist jetzt Schluss.

## Über den Tellerrand hinaus...

### Zahltag - Arbeitslose wehren sich

Zum nächsten "Wuppertaler Zahltag", eine Aktionsform der Arbeitslosen, ruft der Erwerbslosenverein Tacheles gemeinsam mit BaSo und anderen Gruppen und aktiven Erwerbslosen nach Wuppertal-Vohwinkel auf. Arbeitslose wehren sich auch gegen das unsoziale Sparpaket der Bundesregierung.

#### Arbeitslose fordern:

- Fairer Lohn für gute Arbeit! – Warum wir für die Abschaffung von Ein€Jobs sind und damit bessere Arbeitsbedingungen und Löhne insgesamt im Sinn haben.
- Mit dem Sparpaket will die Bundesregierung uns noch mehr an den Kragen. Elterngeld weg, Wohngeld runter, Streichung der Rentenzahlung für Hartz IV-BezieherInnen... Wir finden es reicht!
- Was bedeuten die Sparpläne der Stadt Wuppertal für Erwerbslose und Menschen mit geringen Einkommen? Wir fordern ein Recht auf Stadt – die Stadt gehört uns allen!

Der "Zahltag" bietet die Gelegenheit, sich mit anderen auszutauschen und sich schlau zu machen!

**Wir Arbeitslose laden Euch ein, uns beim "Zahltag" am 05. Juli ab 8:00 Uhr vor der ARGE-Geschäftsstelle 1 in der Corneliusstraße zu unterstützen.**



Emmely auf BaSo-Veranstaltung im Februar in Wtal

## Emmely hat gewonnen

Die von Kaiser's vor 3 Jahren gekündigte Verkäuferin Emmely hat den Prozess beim Bundesarbeitsgericht am 10. Juni auf ganzer Linie gewonnen.

Zur Erinnerung: Barbara E. ("Emmely") war wegen der Einlösung von liegen gebliebener Pfandbons im Wert von 1,30 € nach 31 Jahren unbeanstandeter Arbeit fristlos gekündigt worden. Zuvor hatte sie an einem Streik im Einzelhandel aktiv mitgewirkt. Sie war davon überzeugt, dass dies der wahre Grund für ihre Kündigung war. Sie hatte sich von der Leiterin ihrer Filiale trotz starken Drucks nicht vom Streik abbringen lassen. In Berlin gründete sich nach der Kündigung ein Solidaritätskomitee, das in unermüdlicher Arbeit und vielen Aktionen, auf die Situation von Emmely,

aber auch vieler anderer Verkäufer(innen) aufmerksam machte, und damit öffentlichen Druck auf Kaiser's ausübte.

Das Bundesarbeitsgericht stellte in seiner Begründung fest, dass Emmely in 31 Jahren durch ihre tadellose Arbeit ein Kapital an Vertrauen aufgebaut hat, das sich durch ein einmaliges Fehlverhalten nicht komplett ruinieren lasse. Deswegen hätte Kaiser's eine Abmahnung aussprechen können, was sie aber nicht getan haben.

Emmely hat am Montag, den 21.6. von Kaiser's ihre neue Filiale zugewiesen bekommen und sie erhält für die vergangenen 2,5 Jahre ihren Lohn ausbezahlt. Auch ihre Betriebsrente ist gesichert. Kaiser's muss zudem die Gerichtskosten aller Instanzen übernehmen.

Diese Entscheidung dürfte auch für künftige Kündigungsschutzprozesse von Bedeutung sein, weil es nun eine höchststrich-terliche Entscheidung gegen das Konstrukt des sofort und unwiederbringlich zerstörten Vertrauens gibt.

Wir von BaSo hatten Emmely im Februar nach Wuppertal eingeladen und auch ihre Kampagne unterstützt.

#### Nach ihrem Sieg schreibt sie am 20.6.:

*Vielen Dank an alle, die meinen Fall begleitet haben und unendlich viel Zeit geopfert haben, Solikundgebungen zu organisieren, Flugis zu erstellen, Veranstaltungen organisieren usw.. Ohne euch wäre das nicht zu schaffen gewesen. Es ist insofern auch euer Sieg. Und die tolle Nachricht ist, ich bin wieder drin und beginne mit dem morgigen Tag wieder an der Kasse zu arbeiten... Aber wenn ihr denkt, ich höre auf zu kämpfen oder nun ist Schluss, muss ich euch enttäuschen. Wenn es mir zeitlich möglich ist, werde ich auch weiterhin politische und gewerkschaftliche Arbeit leisten. Das Solikomitee braucht meine Unterstützung, denn ich denke, es gilt auch anderen zu helfen...*

*Nochmals Dank an alle.*

*Liebe Grüße Emmely*

## Konzert

Seit einiger Zeit treten rechte Gruppen im Bergischem Land verstärkt auf. Wuppertal hält dagegen.

**Freitag, den ~~9.7.2010~~, ab 16 Uhr Auf dem Lienhardplatz, Wuppertal-Vohwinkel**

Musik mit engagierten Texten:

**Microfon Mafia**

hip hop, köln

**Simple Tings**

reggae, wuppertal

**Mr. Throwastone**

punkrock, wuppertal

*Das Konzert wurde kurzfristig auf den September verschoben!!!*



## BaSo-Filmveranstaltung

Dass Coca-Cola nicht nur zucker-süß ist, zeigt dieser eindrückliche Film über Blut, Tränen und Limonaden.

Abfüllfabriken in Kolumbien, Guatemala und der Türkei, in denen Menschenrechte mit Füßen getreten werden

Am Samstag, den 24. Juli, 19:00 Uhr in der Alten Feuerwache, Gathe 6, Wuppertal

